

# Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen

Einzelpreis 10 Pfennig

In ganz Halle  
die einzige Sonntagseinfahrende Zeitung

Jahrgang 217 Nr. 205 a

**Bezugspreis:** monatlich 3.40 Geldmark. — Schaltungen nehmen (sonstige: Pöhlmann, Buchdruck und seine Handarbeiten) entgegen. — Bisher Gewähr nur bei Bezug von Subskribenten.

**Halle-Saale** Sonntag, 31. August 1924

**Anzeigenpreis:** Die Spaltenzeile 44 mm breite mit Spaltenkopf 10 Pfennig, kleine Anzeigen 6 Pfennig, Familien-Anzeigen 4 Pfennig, Stammbücher 3 Pfennig, die 3 Spalten 20 mm breit, Stammbücher 20 Pfennig, Bekanntheit nach Gutdünken, 10 Pfennig.

**Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, fernamt Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5800 und 5810. — Postfachkonto Leipzig 90 512.

**Geschäftsstelle Berlin:** Sternburger Str. 30, fernamt zum Kurieramt 0, 0990, eigene Berliner 5-Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

## Die Protokolle in London unterzeichnet

### Amerikanische Versprechungen

#### Die Unterschriften

London, 30. August.  
Die Unterzeichnung der Protokolle über die Londoner Abkommen ist heute mittig (was bereits angekündigt) 2. Abj.) durch die Vertreter der allerersten Staaten und der deutschen Regierung im englischen Außenamt vorgenommen worden. Die Unterzeichnung trat nicht den geringsten zeremoniellen Charakter, obwohl dieses Londoner Protokoll als das bedeutendste internationale Dokument seit dem Friedensvertrage von Versailles betrachtet werden muß. Nach dem amtlichen englischen Fundbüro tritt das Londoner Abkommen sofort in Kraft.

#### Der günstige Eindruck in Amerika

New York, 30. August.  
Zum Reizen wurde in Washington wurde heute nachmittag bei der Erörterung der englischen Annahme des Dawes-Planes im Reichstage in den bisherigen Erklärungen nichts wesentlich Neues hinzugefügt. Präsident Coolidge gab lediglich erneut seine Verwahrung ausdruck über die günstigen Ausichten, welche die nimmer geänderten Ergebnisse der Londoner Konferenz für den amerikanischen Handel im Gefolge haben würden! Es könne kein Zweifel darüber bestehen, sagte Coolidge, daß die europäischen Märkte für Amerika bald wieder erschlossen sein würden. Es bestrebe daher alle Kreise in Amerika, sich über den Verlauf des Verhandlungs zu freuen.  
Sämtliche Blätter bringen ausführliche Berliner Telegramme über den Verlauf der Reichstagsitzung. Die Bedeutung des Ereignisses wurde allgemein durch große Überschriften auf den ersten Seiten der Blätter hervorgehoben.

wobei der Erklärung des Ranges über die Kriegsschuldfrage besondere Beachtung geschenkt wird. Zusammenhänge liegen noch nicht vor, jedoch scheint äußert sich kurz, es müsse jeden Amerikaner zur großer Genugtuung gereichen, daß die amerikanischen Sachverständigen in so hervorragendem Maße zu dem Erfolg beigetragen hätten, der in London erzielt und jetzt im Reichstag und der französischen Kammer befestigt wurde. Karl v. Wangen berichtet aus Berlin an die Reichsblätter, hervorragende Vertreter der amerikanischen Finanzen hätten während der letzten Tage in Berlin ihren ganzen Einfluß bei der Regierung und den Parteien geltend gemacht, um ein positives Ergebnis zu fördern. Gehten noch hätten diese Vertreter der Regierung erklärt, falls die Ratifizierung des Dawes-Planes nicht erfolge, würden sie ihre Kräfte pfeifen und sich um nichts weiteres kümmern. Kreditinstitute und private Banken in der Welt hätten von dem unüberwindlichen Widerstand der Amerikaner für die deutsche Industrie während in den nächsten Tagen verheißt werden. Die Beträge würden in drei bis vier Monaten nach Unterbringung der großen Deutschanleihe zur Verfügung der deutschen Kreditbanken stehen.  
"World" erzählt vom Bankette Morgan, die Deutschanleihe würde nicht vor dem nächsten Oktober auf den Markt kommen. Die Garantie würde vom Völkerbund geleistet werden. Die Bankiers erwarteten, daß die Anleihe binnen fünfzig Tagen abgezeichnet sein werde. Es empfiehlt sich, den deutschen Finanzminister zu kontaktieren mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Ein günstiges Zeichen ist allerdings, daß die erste österreichische Anleihe seit dem Kriege in Höhe von drei Millionen Dollars, die vor wenigen Tagen erst für die niederösterreichischen Wasserwerke aufgelegt, heute bereits überzeichnet wurde. Diese Anleihe ist jedoch die deutsche wie die französische Regierung der Reparationskommission wissen lassen, daß sie die Wahl des New-Yorker Medizinalrats Walter Gilbert, der erst im zweieundzwanzigsten Lebensjahre steht, zum Nachfolger Owen Youngs als Reparationskommissionar vollkommen beizugehen würden.

### Zentrum und Deutschnationale Volkspartei

Berlin, 30. August.  
Die die „Wirtschaftliche Volkspartei“ aus Berlin meldet, fand auf eine aus deutschen nationalen Parteien kommende Bewegung in der Nacht von den entscheidenden Bestimmungen der Reichstag eine Besprechung zwischen Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei und der Zentrumsfraktion des Reichstages über die politische Lage statt. Die Vertreter des Zentrums bekräftigten sich hierbei auf zwei Feststellungen bezüglich des Standpunktes ihrer Fraktion. Es sind folgende:  
1. Bei Annahme des Londoner Abkommens durch die Deutschnationale Reichstagsfraktion wird die entsprechende Vertretung der Deutschnationalen in den Ausschüssen zur Durchführung des Abkommens als selbstverständlich erachtet.  
2. Die Zentrumsfraktion hat im Reichstag einmütig auf dem Standpunkt geblieben, daß bei Annahme des Dawes-Planes die entsprechende Vertretung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion diese entsprechende Vertretung in der Regierung finden werde.  
Die entscheidenden Mitglieder des Vorstandes waren einmütig der Meinung, daß die Stellungnahme sich nicht geändert hat und daß demnach bei Annahme des Londoner Abkommens die Deutschnationale Reichstagsfraktion im Reichsbüro nicht anders vertreten sein werde. Gegenüber weiteren deutschen nationalen Wünschen ist eine schriftliche Befestigung, welche sich ausschließlich auf obige Feststellungen bezieht, von dem verhandelnden Zentrumsabgeordneten Gueard erteilt worden. Abgesehen von Verhandlungen über Personalfragen haben nicht stattgefunden. Am 28. August eingegangene Deutschnationale Anfragen wegen eines Kabinettswechsel wurde abgelehnt.

### Eine Erklärung der Demokraten

Berlin, 30. August.  
Die demokratische Reichstagsfraktion stellt sich heute in den Verhandlungen, die zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geführt wurden, in feiner Weise beteiligt gewesen ist.

### Die Räumung der Kölner Zone

Berlin, 30. August.  
Der „Demokratische Zeitungsdienst“ (1) schreibt: „Auf die Räumung der Kölner Zone richten sich die Engländer schon jetzt ein, indem sie nach Verhandlungen aus London angeordnet haben, daß in dieser von ihnen besetzten Zone alle militärischen Anstalten ausgegliedert und nur die notwendigen Reparaturen vorgenommen werden. Der formale Beschluß der Entschendungskommission darüber, ob dem Verfall der Besetzung gemäß am 10. Januar 1925 die erste Zone des Rheinlandes zu räumen ist, wird erst im Dezember gefaßt werden; aber der Deutschland ist.“

### Graf Ranitz spricht morgen in Köln

Berlin, 30. August.  
Reichsernährungsminister Graf von Ranitz wird am morgigen Sonntag anlässlich der Bundeskonferenz der rheinischen Bauernvereine in Köln eine Rede halten. Der Minister wird nach wegen der Annahme der Dawesgesetze durch den Reichstag und der letzten Schutzollfragen größte Bedeutung beilegen dürfen.

### Eine funderbare Attentatsankündigung

Berlin, 30. August.  
Der Präsident der französischen Kammer, Rivolie hat gestern, wie der „Welt Kurieren“ meldet, in seiner Post einen Brief vorgefunden, der von einem gewissen Güller aus Belg abgefaßt worden war. Der Absender teilte mit, er sei seit einiger Zeit, in den nächsten Tagen in das Palais Bourbon von dem Namen G. Rivolie als Mitglied des Reichstages gegen die in Belg abgeordneten befolgte Politik. Rivolie hat den Brief der Polizei übergeben. Der unbekannt Rivolie gibt in seinem Brief an, es sei seine Absicht, auf das Leben einer Reihe von bestimmten Abgeordneten der Linken abzugeben.

### Vor einem russisch-französischen Vertrag

Berlin, 30. August.  
„Echo de Paris“ will wissen, daß die offiziellen Beziehungen zwischen der französischen Regierung, Rivolie und Vertretern der Sowjet nach der Rückkehr Rivolies aus Genf zum Abschluß gebracht wurden. Bei der Rückkehr des Ministerpräsidenten wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines französisch-russischen Vertrages eingesetzt.

## Nationale Politik

### Eine Unterredung mit dem Abg. Dr. Quack

Unter der Mitarbeit des „West. Volk-Anz.“ hatte Gelegenheit, mit dem Sprecher der Deutschnationalen am 28. August, Herrn Geheimrat Quack, über die Bedeutung der letzten Abstimmung im Reichstage zu sprechen, die im Hinblick auf die großen Aufgaben der Reichstagsarbeit, die dem Reichstag nach den sogenannten Reichstagsarbeiten, äußerte sich folgendermaßen:  
„Dieses bedeutet die Abstimmung der Deutschnationalen Partei einen Wendepunkt von politischer, viellecht historischer Bedeutung. Die demokratische Bewegung gab sofort nach der Abstimmung nach allen Richtungen der Winde die Stichworte aus: „Umfall, Stützerkuppe.“ Ich glaube nicht, daß das Ereignis damit in seiner tiefsten Bedeutung richtig gekennzeichnet ist. Wichtig ist, daß die Entscheidung für die Deutschnationalen nach ihrer Tradition und nach dem Geist, der sie und ihre Mitarbeiter befeuert, eine sehr charakteristische werden ist. Erst langsam wird man dazu kommen, die Tragweite des Ereignisses zu übersehen. Das wichtigste ist natürlich die Wirkung für die außenpolitische Stellung Deutschlands.“

Dieser Gesichtspunkt ist in erster Linie ausschlaggebend gewesen. Die Annahme der Dawes-Gesetze war nicht zu verhindern. Das Schicksal Deutschlands wird davon abhängen, wie sie ausgeführt werden, ob die deutsche Politik die Rahmen der Erfüllungspolitik, d. h. die Politik der schrittweisen Unterwerfung und kassischen Versprechen, werden und eine befessene, aber feste und verzweifelnde Haltung einnehmen wird. Die Unterscheid der Deutschnationalen unter den Dawes-Gesetzen besteht nicht in Anerkennung, daß die vorgelegene Regelung der Friedensfrage eine vollständige aber auch nur eine mögliche ist. Mit den Deutschnationalen vereinigen sich jetzt die Reichstags- und die deutsche Wirtschaft, auch die Industrie, in dem Bewusstsein, daß die Dawes-Kassen, unter den jetzigen Umständen einfach nicht erfüllbar sind, daß die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands überfließen, daß zu einem wirklichen Frieden vor allem die Wiederherstellung der deutschen Freiheit erforderlich ist. Diese Erkenntnis ist namentlich in den Antworten der Deutschen Volkspartei klar ausgesprochen und findet einen Ausdruck auch in den letzten Erklärungen der Reichsregierung. Der Kernpunkt ist die Erklärung der Reichsregierung über die Schuldfrage. Viellecht wird diese Erklärung hier und da als eine letzte Demonstration geachtet; das ist falsch. Demonstrationen sind niemals ohne Bedeutung.

am wenigsten aber für ein Volk, das ohne äußere Macht allein durch moralische Mittel zu wirken vermag. Dazu kommt, daß die Schuldfrage die eigentliche Grundlage für die ungenügenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ist.

Man wird es ausprechen dürfen, daß schon in den letzten Tagen die Geltung der Mittelparteien und damit der deutschen Reichsregierung eine Verbindung angenommen hat, deren Bedeutung sich sehr bald herausstellen wird. Diese Verbindung war die Folge des Einflusses der Deutschnationalen in die deutsche Vertriebsorganisation. Nicht wäre es auch, zu glauben, daß hierin für das Ausland lediglich Realpolitik liegt. Doch die Welt eines wirklichen Friedens braucht, ist zu einem Gemeinplatz geworden. Ein solcher Friede ist aber nicht möglich, ohne eine vollwertige deutsche Interaktion. Doch die deutsche Interaktion ist nicht vollwertig ist, oder doch, anders ausgedrückt, die Verwaltung der deutschen Wirtschaft in Zukunft der Deutschnationalen nicht anerkennen kann, das in programmatischer Form ausgesprochen zu haben ist das zweifelhafte Verbleiben der Deutschen Volkspartei, deren Vorgehen überhaupt auf erste Entscheidungen von starkem Einfluß gewesen ist. Dieser erweiterte Garantie für den Gegner müssen und werden grundsätzliche und vollständige Entscheidungen der deutschen Kosten entsprechen.

Ich habe das volle Vertrauen, daß die Deutsche Volkspartei sich auch in Zukunft von den Deutschnationalen nicht mehr trennen lassen wird. Diese Ehe wird auch für die Deutsche Volkspartei insofern von Vorteil sein, als sie diese von einem Reichsgesetz mit dem Namen der „Internationale“ und anderen internationalen Organisationen abweisend von ihrer Grundlinie am besten bewahren wird.

Was die Haltung der mit rein stimmenden Mächte der Fronten betrifft, so wird sie als Warnung und gegenseitiger einer etwa bevorstehenden Reue, in die „Erfüllungspolitik“ zurückzuführen, als wichtiger Hinweis dienen. Es ist also nicht in bezweifelnden Opfern eines deutschen Willens, wenn jetzt die deutschen nationale Reserve eingesetzt wird. Niemand darf so vernehmen sein, zu behaupten, daß er sicher sei, dieser Zeitpunkt für den Einfluß der Deutschnationalen Volkspartei sei am besten die richtige gewesen. Solche Entscheidungen haben keinen Zweck auf internationalen Geschäft. Niemand von uns, am vorläufigen die Person, die sich in einem Fall entschließen haben, wenn die Schwere der Verantwortung. Wir wissen, daß unser Schritt in breiten Massen anderer Völker noch nicht verstanden wird. Wir haben es gewagt! Wir haben an das alte Wort gedacht: „Es ist nicht nötig, daß wir leben, aber es ist nötig, daß wir unsere Pflicht tun!“ Dieser Wort muß auch von einer deutschen Partei gelten. Es ist die Zukunft kann nicht länger sein.







